

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Steuerreform - EZB-Gewinn - Agenda
2000 - USA - Asien**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1997) : Kurz kommentiert: Steuerreform - EZB-Gewinn - Agenda 2000 - USA - Asien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 8, pp. 433-434

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137510>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Steuerreform

Blockade im Bundesrat

Die große Steuerreform ist am 31. Juli im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat zunächst einmal gescheitert. Vorausgegangen waren zuletzt intensive Bemühungen in einer Arbeitsgruppe von Koalition und SPD, das Reformvorhaben trotz der unterschiedlichen Positionen noch durchzubringen. Während die Koalition mit der Steuerreform wachstumspolitische Ziele verfolgt, hält die Opposition das Regierungskonzept – insbesondere im Hinblick auf die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer – für verteilungspolitisch unausgewogen.

Zwischen wachstums- und verteilungspolitischen Aspekten gibt es in der Steuerpolitik immer Zielkonflikte; im Rahmen der föderalen Rollenverteilung zwischen Bundestag und Bundesrat ist es die Aufgabe aller Beteiligten, im Sinne einer Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt zu einem Kompromiß zu kommen. Bisher hat die Politik hier allerdings versagt, und es ist zu befürchten, daß dies bei der nächsten Sitzung des Bundesrates am 5. September, bei der die Koalition die Gesetzentwürfe für die Steuerreform 1998 und 1999 noch einmal einbringt, so bleibt.

Die Fokussierung auf Verteilungsaspekte in der deutschen Steuerpolitik verkennt, daß unter dem Stichwort „Globalisierung“ längst ein weltweiter, viel entscheidenderer Verteilungskampf um zusätzliche Investitionen, Arbeitsplätze und Wohlstand im Gange ist. Dieser Wettbewerb ist nur mit einer Verbesserung nationaler Standortfaktoren – und dazu zählt nicht zuletzt das Steuerrecht – zu gewinnen. Ein Steuersystem mit hohen Steuersätzen für die sogenannten Besserverdienenden führt dazu, daß diese sich zunehmend der Besteuerung im Inland entziehen und Investitionen und Arbeitsplätze zunehmend außerhalb der deutschen Grenzen entstehen. Am Ende kommt es in Form höherer Arbeitslosigkeit nicht zu mehr, sondern zu weniger Gerechtigkeit. ws

EZB-Gewinn

Teufel im Detail

Der Teufel liegt offenbar im Detail. Wie hätte es sonst passieren können, daß sich die im Rahmen der Maas-trichter Verträge vereinbarte und von der Bundesbank mit erarbeitete Gewinnverteilung der Europäischen Zentralbank (EZB) für die Bundesrepublik so nachteilig

auswirkt, daß der mehrjährige Gesamtschaden auf 25 bis 150 Mrd. DM geschätzt wird.

Die Ursache des Schadens liegt wohl darin, daß der Schlüssel der Gewinnverteilung dem der Kapitalzeichnung bei der EZB entspricht, das EZB-Kapital aber nicht die Hauptgrundlage der Gewinnerwirtschaftung ist. Der Schlüssel der Kapitalzeichnung wird je zur Hälfte aus dem Anteil an der Bevölkerung und dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft errechnet. Die Haupteinkünfte der EZB werden aber nicht bei dieser, sondern weiterhin bei nationalen Zentralbanken im Zusammenhang mit verzinslichen Offenmarkt- und anderen geldpolitischen Geschäften anfallen. Sie stehen dabei in bezug zur jeweiligen nationalen Geldbasis (Bargeldumlauf und Einlagen der Kreditinstitute). Diese ist aber in Deutschland wegen der Leitwährungsfunktion der D-Mark, der gültigen Mindestreserveregelung und anderer Strukturunterschiede dreimal größer als in anderen Ländern.

Der Anteil der deutschen an der gesamteuropäischen Geldbasis beträgt rund 35%, der deutsche Anteil am EZB-Kapital dagegen nur 25%. Aus dieser Differenz, die sich – wenn auch nicht ganz – ab 1999 abbauen wird, erwächst die Benachteiligung. Deshalb gilt es nun, die vorgesehene Möglichkeit einer abweichenden Schlüsselregelung im Übergang zu nutzen. Am besten wäre es wohl, die Gewinne aus Zentralbankgeschäften für die ersten fünf Jahre der Europäischen Währungsunion noch nach dem jeweiligen Länderbeitrag zu verteilen. de

Agenda 2000

Agrarpolitische Wende?

Die von der EU-Kommission im Juli vorgestellte „Agenda 2000“ soll die grundlegende Gestaltung der EU-Politik für das kommende Jahrzehnt umreißen. Dabei geht es im wesentlichen um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Erweiterung der Union sowie den zukünftigen Finanzrahmen. Diese Aufgaben stehen zum Teil in einem engen Zusammenhang. Dabei kommt der GAP insofern eine Schlüsselrolle zu, als von ihrer Ausgestaltung der künftige Finanzrahmen der Gemeinschaft entscheidend mitbestimmt wird. Ohne Reform der GAP ist zudem eine etwa um Polen erweiterte EU nicht finanzierbar, soll eine rasche Integration erfolgen.

Mit dem im Rahmen der Agenda vertretenen Ansatz unternimmt die Kommission einen weiteren Versuch, das Stützpreisniveau in der Union deutlich abzusenken und damit den Bezug zur Entwicklung der Welt-

marktpreise enger zu gestalten. Dafür sollen den Landwirten direkte Prämien gezahlt werden. Letzteres ist aus Gründen des Vertrauensschutzes zumindest für eine begrenzte Zeit akzeptabel. Gegen den neuen Ansatz opponieren die Bauernverbände; der COPA-Präsident sprach gar von einer „Aggression“ gegen die Landwirtschaft. Auch der deutsche Landwirtschaftsminister hält diesen Weg als unzumutbar für die Bauern.

Tatsächlich würde durch den Ansatz die Transparenz der Agrarsubventionen erheblich verbessert und dem Steuerzahler die Augen stärker für die Ressourcenvergeudung geöffnet. Dies fürchten die Agrarverbände und zum Teil die Agrarminister wie der Teufel das Weihwasser, weil damit ein mögliches Kürzungspotential offengelegt wird. Der Kommissionsvorschlag weist den richtigen Weg in Richtung auf mehr Marktwirtschaft und damit Wettbewerb und Effizienz. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß er noch durch die Regierungen verwässert wird und das Problem der Beitrittsländer durch lange Übergangsfristen gelöst werden muß. Man kann nur hoffen, daß die Chance zur Reform nicht vertan wird. kr

USA

Kein Grund zum Jubel

Die amerikanische Regierung und die oppositionelle Mehrheit im Kongreß haben sich auf einen Kompromiß in dem seit über zwei Jahren schwelenden Haushaltskonflikt geeinigt. Das Anfang August verabschiedete Gesetz zum Haushaltsausgleich bis zum Jahr 2002 enthält einmal Ausgabenkürzungen im staatlichen Gesundheitswesen sowie eine Anhebung der Tabaksteuer. Zum anderen sind die ersten umfassenden Steuersenkungen seit der Reaganschen Reform 1981 – insbesondere Steuererleichterungen für Familien mit Kindern sowie eine Verringerung der Steuersätze auf Kapitalzuwächse – vorgesehen.

Die Entwicklung der letzten Jahre in den USA hat gezeigt, daß eine glaubwürdige Konsolidierungspolitik über ihre tendenziell zinsenkenden Wirkungen die Stabilisierung des Aufschwungs auf einem nachhaltigen Wachstumspfad wesentlich unterstützen kann. Dennoch kann das neue Haushaltsgesetz bei näherer Betrachtung nicht so euphorisch bejubelt werden, wie es seine Unterhändler derzeit tun. Die Grundlagen dafür, daß der Budgetausgleich in greifbare Nähe gerückt ist, wurden mit dem Haushaltsgesetz von 1990 gelegt, in Zeiten, in denen kurzfristiges „deficit spending“ zur Stützung der Konjunktur politisch wesentlich attraktiver gewesen wäre als die „fernen“ Wachstumsgewinne aus

einer mittelfristig angelegten Konsolidierungspolitik. Andererseits erhält die Finanzpolitik derzeit merkliche Unterstützung von einer besonders günstigen konjunkturellen Entwicklung – und nutzt sie kaum. Im Gegenteil, der Budgetausgleich würde ohne die nun beschlossenen Maßnahmen konjunkturbedingt eher noch früher als vorgesehen eintreten. Sicherlich enthält die neue Initiative viele positive Elemente; wesentliche Problembereiche wie die Einbeziehung der Überschüsse der Sozialversicherung in den Budgetausgleich bleiben aber nach wie vor ausgeklammert. cb

Asien

Ende des Wirtschaftswunders?

Nicht erst die Thailandkrise gibt Anlaß, die Nachhaltigkeit der asiatischen Wachstumsdynamik kritisch zu hinterfragen. Wenngleich Unterschiede von Land zu Land bestehen, so ist insgesamt doch ein erheblicher Reformbedarf festzustellen. So sind Finanzmarktformen dringend geboten, um der unkritischen Investitionsfinanzierung und hohen Auslandsverschuldung einen Riegel vorzuschieben. Das Wechselkursregime muß flexibel werden und bleiben, um den überfälligen Strukturwandel nicht länger hinauszuzögern. Der Lohnanstieg bedarf einer Anpassung an den Produktivitätsfortschritt. Die infolge gestiegener Arbeitskosten beeinträchtigte internationale Wettbewerbsfähigkeit und die entsprechend nachlassende Exportdynamik müssen durch Produktion technologisch höherwertiger Erzeugnisse, durch verstärkte F&E und entsprechende Qualifizierung der Beschäftigten wiedergewonnen werden. Das rapide Anwachsen der industriellen Produktion sowie des Verkehrs macht Umweltvorsorge überall in Asien immer dringlicher. Die zunehmend ältere und urbanere Bevölkerung erwartet leistungsfähige soziale Sicherungssysteme. Die zunehmenden Verteilungsprobleme verstärken den Druck in Richtung auf politische Reformen, Partizipation und Korruptionsbekämpfung.

Asien wird bewußt, daß sein Wirtschaftswunder keiner Automatik folgt. Die zukünftige Dynamik der Region hängt von der Bereitschaft und Fähigkeit zum erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturwandel ab. Asien hat aber beste Voraussetzungen, die gegenwärtige Krise zu überwinden: Am immensen Marktpotential der Region hat sich nichts Grundlegendes geändert. Aufbruchstimmung, Unternehmergeist und der Optimismus aus den bisherigen Erfolgen sind keineswegs verfliegen. Spar- und Investitionsbereitschaft sind nach wie vor hoch. bo